



Rechtsausschuss

56. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

13. April 2016

Detmold – Landgericht

11:00 Uhr bis 13:25 Uhr

14:05 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, die Beratungen über den Betreuungsrechtsantrag der CDU in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu finalisieren.

1 Vorstellung des Landgerichts Detmold, seines Bezirks und aktueller Fragen aus dem Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit

8

Bericht
durch den Präsidenten des Landgerichts Detmold

Der Ausschuss nimmt den Bericht entgegen und diskutiert diesen.

¹ Nichtöffentlicher Teil mit TOP 16 siehe nöAPr 16/248

- 2 Loveparade – Entscheidung des Landgerichts Duisburg über die Nichteröffnung des Hauptverfahrens** (Tagesordnungspunkt beantragt von der Landesregierung, siehe Anlage) **24**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3859

Der Ausschuss diskutiert den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3859 intensiv.

- 3 Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften** **41**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11436

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich an der Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss fakultativ zu beteiligen.

- 4 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)** **42**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380
APr 16/1189

Vorlage 16/3791

Der Ausschuss kommt überein, die Auswertung der Anhörung und die Abstimmung am 24. Mai durchzuführen.

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 43

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

in Verbindung mit

Umsetzung des 15-Punkte-Programms der Landesregierung durch den Nachtragshaushalt 2016

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3799
Vorlage 16/3803
Vorlage 16/3858

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11250 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN zu.

6 Nordrhein-Westfalen muss hessische Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und Einsatzkräfte unterstützen! 47

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8979
APr 16/1161

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/8979 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN bei Zustimmung der CDU ab.

7 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW. 49

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318 – Neudruck

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3853

Nach kurzer Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht
Vorlage 16/3853 zur Kenntnis.

8 Freilassung gefährlicher Angeklagter aufgrund Überlastung der Kölner Justiz (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) 50

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3860

9 Sozialrichter kämpft für NS-Opfer – und wird von Justizminister Kutschatj verklagt (Tagesordnungspunkt beantragt von der CDU, siehe Anlage) 53

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 16/122

Der Ausschuss kommt überein, diesen Punkt in der nächsten
Ausschusssitzung in einem nichtöffentlichen Teil zu
behandeln.

- 10 Bericht der Staatsanwaltschaft zum Fall des polizeibekanntem Mönchengladbacher Seriendieb Karim S.** (Tagesordnungspunkt beantragt von der CDU, siehe Anlage) **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3854

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3854 nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

- 11 Neue Regelungen zur Ausführung von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten** (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) **55**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3861

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3861 nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

- 12 Wieso verzichtete der Justizminister darauf, die Strafverfolgungsstatistiken für Nordrhein-Westfalen 2013 und 2014 der Öffentlichkeit zu präsentieren?** (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) **56**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3861

Der Ausschuss kommt überein, dieses Thema in seiner
übernächsten Sitzung zu beraten.

- 13 Sachstand strafrechtlicher Ermittlungsverfahren aus Anlass der Geschehnisse im Rheinischen Braunkohlerevier „Hambacher Forst“ seit August 2015** (Tagesordnungspunkt beantragt von der FDP, siehe Anlage) **57**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3857

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3857 nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

- 14 Umsetzung und Weiterentwicklung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes im Geschäftsbereich des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen** (Tagesordnungspunkt beantragt von der Landesregierung, siehe Anlage) **58**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3856

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung ohne
Aussprache zur Kenntnis.

- 15 Verschiedenes** **59**

4 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380
APr 16/1189

Vorlage 16/3791

Dirk Wedel (FDP) fragt nach, ob die Nichtgewährung einer Stellenzulage für Amtsanwälte aus einer bewussten Entscheidung resultiere oder sich aus den knappen Finanzmitteln ergebe und was aus Sicht des Ministeriums das Differenzierungskriterium zwischen Rechtspflegern und Amtsanwälten darstelle. Die Antwort des Ministeriums könne schriftlich erfolgen.

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf stellt nach Rücksprache mit den Vertretern des Justizministeriums die Antwort zur Beratung in der Sitzung des Rechtsausschusses am 24. Mai 2016 in Aussicht.

Der Ausschuss kommt überein, die Auswertung der Anhörung und die Abstimmung am 24. Mai durchzuführen.

